

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-5-427

Wohnen macht arm

ANDREJ HOLM

Wohnen macht den Unterschied

Soziale Ungleichheit ist vor allem eine Ungleichheit der Einkommen. Fast 17 % der Bevölkerung in Deutschland gelten statistisch als armutsgefährdet, weil ihre Einkommen weniger als 60 % des Medianeinkommens betragen. Geringe Einkommen – so die gängige Schlussfolgerung – schränken die gesellschaftliche Teilhabe ein. Weniger Geld heißt für viele: weniger Konsum, weniger Kultur, weniger Urlaub, weniger von fast allem. Im Bereich des Wohnens setzt sich diese Logik fort: Haushalte mit weniger Geld wohnen in der Regel in kleineren, schlechter ausgestatteten Wohnungen in oftmals unattraktiven Lagen. So ist beispielsweise der Anteil von Haushalten mit geringen Einkommen in Ungunstlagen an stark befahrenen Straßen und schlecht angeschlossenen Stadtteilen deutlich höher als in anderen Wohngebieten. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung¹ belegt diese Ungleichheiten mit Daten zu den deutschen Großstädten: Haushalte unterhalb der Armutsgrenze (unter 60 % des Medianeinkommens) haben demnach einen individuellen Wohnflächenverbrauch von 37 m² pro Person – Haushalte mit überdurchschnittlichen Einkommen (über 140 % des Medianeinkommens) von über 52 m² pro Person. Auch hinsichtlich der Wohnformen gibt es deutliche Unterschiede: Während 47 % der Besserverdienenden in den Großstädten im selbstgenutzten Eigentum wohnen, sind es bei den Haushalten mit geringen Einkommen nur 7 %. So weit, so erwartbar: Die soziale Lage bestimmt die Wohnverhältnisse. Die Haushalte unterhalb der Armutsgrenze (in denen im Durchschnitt 1,5 Personen leben) geben im Mittel 467 € im Monat für die Miete aus – bei den Besserverdienenden (mit im Schnitt 1,7 Personen je Haushalt) liegen die monatlichen Wohnkosten mit 836 € etwa 80 % höher als bei der Vergleichsgruppe.

Wenn Wohnen arm macht

Obwohl die Mietausgaben von den Einkommen bestimmt werden, unterscheiden sich die Mietbelastungsquoten deutlich. Während ärmere Haushalte im Durchschnitt 49 % ihres Einkommens für die Miete (inklusive Betriebs- und Heizkosten) ausgeben, sind es bei den Haushalten mit höheren Einkommen (über 140 % des Median) nur 19 %. Die Mietzahlung selbst trägt so zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit bei. Haushalte mit geringerem Einkommen geben von dem Wenigen, über das sie verfügen, einen größeren Anteil für das Wohnen aus als Haushalte mit höheren Einkommen.

Zum Vergleich: Einer Alleinerziehenden mit einem Kind und einem Einkommen knapp über dem Mindestlohn stehen zusammen mit dem Kindergeld im Monat etwa 1500 € (netto) zur Verfügung. Ein junges Lehrerpärchen in Berlin erhält die Berliner Einstiegsgehälter und verfügt zusammen über etwa 4400 € (netto) im Monat. Der Einkommensunterschied steht im Verhältnis von etwa eins zu drei. Eine entsprechend größere Zahlungsfähigkeit erleichtert Besserverdienenden die Wohnungssuche. Bei der durchschnittlichen Mietbelastung ihrer Einkommensgruppe von 19 % werden die Junglehrenden etwa 850 € für die Miete ausgeben. Für die Einkommensgruppe der Alleinerziehenden wurde eine durchschnittliche Mietbelastung von etwa 40 % festgestellt. Trotz eines mehr als doppelt so hohen Mietanteils am Einkommen stehen ihr maximal 600 € für das Wohnen zur Verfügung. Nach der Mietzahlung bleibt der Alleinerziehenden ein Resteinkommen von 900 € im Monat – dem Lehrerpärchen bleiben trotz der höheren Mietzahlung 3550 €. Der Einkommensunterschied ist auf ein Verhältnis von eins zu vier angestiegen. Die Mietkostenbelastung ist ein zentraler Indikator zur Beurteilung der sozialen Versorgungssituation auf den Wohnungsmärkten und ein wesentlicher Faktor bei der Verstärkung von sozialen Ungleichheiten. Mehr als 40 % der Haushalte in den Großstäd-

ten haben eine Mietkostenbelastung von über 30 % des Einkommens zu tragen. Für mehr als eine Million Haushalte bleibt nach der Mietzahlung ein Resteinkommen unter dem Niveau der Regelsätze nach Hartz IV.

Soziale Wohnversorgung als zentrale Herausforderung der Wohnungspolitik

Ein ausreichendes Angebot mit bezahlbaren Wohnungen könnte den sozial polarisierenden Wirkungen der Wohnungsmärkte entgegenwirken. Doch in vielen Städten verweist der Trend in die gegenteilige Richtung. Neuvermietungen steigen in bisher unbekannte Höhen, der Bestand der Sozialwohnungen schmilzt durch die zeitlich begrenzten Förderbindungen auf ein überschaubares Restniveau zusammen, und bisher preiswerte Wohnlagen geraten unter Aufwertungs- und Modernisierungsdruck. Insgesamt fehlen in den Großstädten fast zwei Millionen preisgünstige Wohnungen zu Mietpreisen um die 5 €/m² (nettokalt) für Haushalte mit geringen Einkommen.

Die Defizite der sozialen Wohnversorgung zeigen deutlich, dass die Lösung der aktuellen Wohnungsfragen nicht allein durch das Motto „bauen, bauen, bauen“ zu finden sein wird. So verführend einfach das mark-

¹ Holm, A./Lebuhn, H./Junker, S./Neitzel, K. (2018): Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße, Hans-Böckler-Stiftung: Forschungsförderung Working Paper (63), Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf; Lebuhn, H./Holm, A./Junker, S./Neitzel, K. (2017): Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten, Hans-Böckler-Stiftung: Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnversorgungsbedarf“, Berlin/Düsseldorf, https://www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf (letzte Zugriffe: 27.06.2018).

wirtschaftliche Versprechen auch klingen mag, dass sich die Wohnungsmärkte bei einer Ausweitung des Angebots entspannen werden, so klar ist: Wohnungsmieten, die sich die Geringverdienenden leisten können, werden *gegen* private Wirtschaftsinteressen durchgesetzt werden müssen. Selbst bei einem Boom der Bautätigkeit ist nicht damit zu rechnen, dass private Anbieter freiwillig unterdurchschnittliche Mietpreise anbieten werden. Da Haushalte mit unterdurchschnittlichen Einkommen aber eben solche Wohnungen benötigen, ist der Staat gefragt.

Die derzeit diskutierten Instrumente – von der Mietpreisbremse über das Baukindergeld bis hin zu den neu aufgelegten Förderprogrammen – verfehlen den sozialen Versorgungsbedarf komplett und richten sich im Hinblick auf die Zielgruppen und Mietpreise vor allem an die Mittelschichten. Diese können Unterstützung bei der Wohnungsversorgung sicher auch gut gebrauchen, doch sind sie gerade nicht die Gruppen mit den größten Versorgungslücken.

Am Beispiel der Mietpreisbremse lassen sich die Grenzen einer Regulation durch Gesetze und Verordnungen exemplarisch beschreiben. Neben den viel diskutierten Ausnahmen nach langem Leerstand, nach Modernisierungsarbeiten, bei höheren Vormietermieten und bei Neubauten sind es vor allem die fehlenden Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten, die eine wirksame Anwendung der Mietpreisbremse verhindern. Studien in den großen Städten zeigen, dass trotz Einführung der Mietpreisbremse die Angebotsmieten weiter gestiegen sind. In Städten wie Hamburg oder Berlin liegen bis zu 80% aller Wohnungsangebote über den Mietpreisen, die im Rahmen der Mietpreisbremse eigentlich vorgesehen sein sollten. Insbesondere private Vermieterinnen und Vermieter werden auch weiterhin versuchen, einen möglichst hohen Ertrag bei der Vermietung ihrer Wohnungen zu erzielen. Dazu werden Lücken und Ausnahmen in der Gesetzgebung konsequent genutzt. Neben der beschränkten Transparenz der Vormietermieten werden bisher vor allem rechtliche Unklarheiten bei der Vermietung von „möblierten Wohnungen“ genutzt, um die Mietpreisbremse zu umgehen. Auf den Internetportalen Immobilienscout24 und Immowelt hat sich der Anteil von „möblierten Wohnungen“ seit Einführung der Mietpreisbremse deutlich erhöht – weil es für dieses Segment keine klaren gesetzlichen Regelungen gibt. Auch eine jetzt von der Bundesregierung diskutierte Verschärfung der Mietpreisbremse wird nicht alle Lücken schließen können – und der Trick mit den „möblierten

Wohnungen“ zeigt, dass findige Vermieter immer noch einer möglichst legalen Umgehungsmöglichkeit von Auflagen suchen werden, wenn es der Ertragssteigerung dient. Wenn zudem die Einhaltung der Mietpreisbremse nicht amtlich kontrolliert wird, sondern von Mieterinnen und Mietern individuell eingeklagt werden muss, und wenn eine Überschreitung nicht strafbewehrt ist, wird schnell klar, dass die Mietpreisbremse keine Wirksamkeit entfalten kann. So wie Falschparken und Geschwindigkeitsüberschreitungen nur in Ausnahmefällen sanktioniert werden, wird auch eine Mietpreisbremse zahnlos bleiben, weil sie letztlich gegen private Gewinninteressen durchgesetzt werden muss.

Eine sozial ausgerichtete Wohnungsversorgung steht vor der Herausforderung, dauerhaft finanzierbare Wohnungen zu schaffen und bisher günstige Mietpreise resolut zu schützen. Da ein ökonomisch rationales Handeln sich immer an einer Optimierung der Erträge orientieren wird, stehen hier vor allem öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige Wohnbauträger in der Verantwortung. Insbesondere die Einführung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit wäre dafür geeignet, die Voraussetzungen für eine andere Wohnungspolitik zu schaffen. Im Unterschied zu befristeten Fördereffekten und den nur schwer zu kontrollierenden rechtlichen Auflagen setzt die Wohnungsgemeinnützigkeit auf der Ebene der Unternehmensorientierung selbst an. Wie in anderen Bereichen der Gemeinnützigkeit auch wird die Ausschüttung von Gewinnen beschränkt und eine Zweckbindung bei der Verwendung von Überschüssen festgeschrieben. Modellrechnungen für die Neue Wohnungsgemeinnützigkeit zeigen, dass ohne Einschränkungen bei den Baustandards durch einen Mix von Steuererleichterungen, Grundstücksübertragungen, zinsfreien Krediten und einer eingeschränkten Eigenkapitalverzinsung Neubaumieten von unter 5€/m² (nettokalt) möglich wären.² Die Einführung einer solchen Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit wäre eine echte Kampfansage an die gewinnorientierte Wohnungswirtschaft und ein Beitrag für eine dauerhaft angelegte soziale Wohnungsversorgung.

AUTOR

ANDREJ HOLM, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Stadt- und Regionalsoziologie der Humboldt-Universität zu Berlin, zurzeit als Gastprofessor am IPW der Universität Wien. Forschungsschwerpunkte: Gentrification, Wohnungspolitik im internationalen Vergleich und Europäische Stadtpolitik.

 a.holm@sowi.hu-berlin.de

² Holm, A./Horlitz, S./Jensen, I. (2017): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwarteter Effekte. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_5-17_Neue_Wohnungsgemeinnuetzigkeit.pdf (letzter Zugriff: 03.07.2018)

DOI: 10.5771/0342-300X-2018-5-429

**(Un-)Gerechte
(Un-)Gleichheiten**

Herausgegeben von

Steffen Mau und

Nadine M. Schöneck

edition suhrkamp

SV

**STEFFEN MAU / NADINE M.
SCHÖNECK (HRSG.):
(UN-)GERECHTE
(UN-)GLEICHHEITEN**edition suhrkamp,
Berlin 2015ISBN 978-3-518-12684-4
208 Seiten, 16 €

Das Thema Ungleichheit ist spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Deutschland in aller Munde. Es wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der Gesellschaft darüber debattiert, ob die Verteilung bzw. der Zugang zu Ressourcen gerecht ist, wie sich dies im Laufe der Zeit geändert hat und welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssen. Das Thema ist Gegenstand unzähliger Leitartikel, Talkshows und auch Bücher. Welchen Beitrag zur Debatte leistet also noch der im Jahr 2015 bei edition suhrkamp erschienene Sammelband „(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten“ von Steffen Mau und Nadine M. Schöneck? Kurzgefasst: Einen guten Überblick über den aktuellen Stand der Debatte in Deutschland. Er ist gerade für Leserinnen und Leser spannend, die einen Einstieg in die Ungleichheitsthematik suchen; er hilft aber auch denjenigen, die schon etwas tiefer in der Debatte stecken, ihre Argumente zu schärfen. Den beiden Herausgebern ist es gelungen, 19 hochkarätige Autorinnen und Autoren aus der Soziologie, der Geschichts-, Politik-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaft zu versammeln. An der Auswahl kritisieren kann man, gerade bei einem Buch zum Thema Ungleichheit, dass der Geschlechterproporz unausgewogen ist: Der Band versammelt vier Autorinnen im Verhältnis zu 14 Autoren.

Neben fünf einführenden Beiträgen werden sieben Felder der Ungleichheit ausführlicher erörtert: Bildung, Markt, Sozialstaat, Geschlechter, Erbschaften, Migration und Demokratie. Zu jedem Bereich finden sich zwei Beiträge, die überwiegend kontrovers geschrieben sind. Es prallen liberale, konservative und sozialdemokratische Weltanschauungen aufeinander. Ein gutes Beispiel hierfür: das Kapitel zum Erben. Bereits in den Überschriften werden die Fronten deutlich – „Besteuert die Erben!“ fordert Jens Becker (S.145ff.) und Thomas Straubhaar (S.154ff.) kontert „Hände weg vom Erbe!“. Becker argumentiert, dass Erbschaften (und Schenkungen) leistungslos erworbenes Vermögen sind, die die „Vermögensungleichheit [...] von Generation zu Generation weiter“ tragen und damit auch die Privilegien, die mit Vermögensbesitz einhergehen. Er erörtert, warum trotzdem nur eine Minderheit der Deutschen für eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ist. Zum einen argumentiert er, dass viele Menschen schlicht nicht wissen, wie ungleich die Erbschaften verteilt sind und folglich von einer (höheren) Besteuerung nur eine Minderheit betroffen wäre. Zum anderen können die aktuell Vermögenden aufgrund von (politischer) Macht den aktuellen Diskurs rund um das Thema (Erbschaft-)Steuern lenken. Einen weiteren wichtigen Grund sieht er darin, dass die meisten Transfers innerhalb der Familie fließen und somit unmittelbar mit dem Tod eines (sehr) nahestehenden Menschen zusammenhängen; ein staatlicher Eingriff zu so einem sensiblen Zeitpunkt erscheint somit als „problematisch“. Zudem bedeutet die Besteuerung von Erbschaften auch einen Eingriff in das „Prinzip des individuellen Privateigentums [...] der Erblasser“. Auch im Be-

reich der Wirtschaft sieht er ähnliche Gegensätzlichkeiten. Zum einen bedeutet die Nichtbesteuerung von Unternehmenserbschaften eine gesicherte „unternehmerische Kontinuität“. Zum anderen muss sie volkswirtschaftlich nicht automatisch die beste Entscheidung sein, „schließlich gibt es keinerlei Garantie dafür, dass der eigene Nachwuchs tatsächlich auch für das Management einer Firma geeignet ist“. Becker fordert eine Besteuerung von Erbschaften mit dem persönlichen Einkommensteuersatz.

Straubhaar argumentiert, dass die Erbschaftsteuer eine Substanz- und Mehrfachbesteuerung darstellt und zudem an vielen Stellen fiktive Werte besteuert werden müssen, da nicht immer „beobachtbare Marktpreise“ vorliegen. Weiter führt er ins Feld, dass die Eltern Konsumverzicht zugunsten ihrer Kinder geübt haben, er plädiert deshalb dafür, den Konsum und nicht die Erbschaften zu besteuern. Dies sei auch ganz im Sinne einer „nachhaltigen Politik“, da so der „heutige Genuss verteuert, der Verzehr gedämpft und die Vermögensbildung attraktiver“ würde. Die Besteuerung von Erbschaften bezeichnet Straubhaar zudem als Enteignung und als Eingriff „in die Autonomie von Familien“ sowie als „Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft“. Aus seiner Sicht wird mit einer Erbschaftsteuer nichts für die Gerechtigkeit gewonnen, denn „es bleibt eine Illusion zu glauben, dass eine Schwächung der Starken die Schwachen stärkt“. Becker hingegen schlussfolgert, dass „[a]ngesichts der unerwünschten sozialen und politischen Konsequenzen einer immer ungleicheren Vermögensverteilung [...] die pietätvolle, weitgehende Steuerbefreiung der Erben großer Vermögen ein Ende finden“ soll. Die Leserinnen und Leser müssen also am Ende selbst entscheiden, welche der beiden Argumentationsketten schlüssiger ist und eher dem eignen Wertesystem sowie politischer Weltanschauung entspricht.

Der Sammelband beansprucht, zu beantworten, „wo Ungleichheit in Ungerechtigkeit umschlägt“, „welche Ungleichheiten wir brauchen, welche vehement bekämpft werden sollten“ und „auf welche Weise wirksam gesteuert werden kann“. Beim Lesen wird deutlich, dass das Thema Ungleichheit mit all seinen Facetten nicht nur komplex wirkt, sondern auch ist. Vor allem aber wird deutlich, dass kein Einvernehmen darüber herrscht, was als „(dis-)funktionale Ungleichheit“ gilt. Und somit noch weniger darüber, was in einem nächsten Schritt getan werden muss oder eben auch nicht. Einige der Autorinnen und Autoren des Bandes verweisen (zu Recht) darauf, dass diese Entscheidungen „der Gesellschaft“ obliegen. Die Crux daran: Genau an dem darüber zu führenden gesellschaftlichem Diskurs, so erfährt man, beteiligen sich nicht mehr alle – abstinert bleiben vor allem die unteren Schichten. Der Grund dafür: die gestiegene Ungleichheit. ■

ANITA TIEFENSEE, BERLIN



BRIGITTE AULENBACHER /
MICHAEL BURAWOY /
KLAUS DÖRRE /
JOHANNA SITTEL (HRSG.):
ÖFFENTLICHE SOZIOLOGIE.
WISSENSCHAFT IM DIALOG
MIT DER GESELLSCHAFT

Campus Verlag,
Frankfurt a. M./New York 2017

ISBN 978-3-593-50635-7
378 Seiten, 24,95 €

Die sowohl wissenschaftlich-publizistischen als auch in der breiten Öffentlichkeit geführten Diskussionen der letzten Jahre haben gezeigt: Kapitalismuskritik ist seit der Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2008 wieder salonfähig geworden, laut den Herausgebern des hier besprochenen Bandes „aber zumeist merkwürdig konsequenzlos“ (S.13) geblieben. Das sitzt! Und wer die ersten Seiten des von Brigitte Aulenbacher, Michael Burawoy, Klaus Dörre und Johanna Sittel verantworteten Buches hinter sich gebracht hat, dürfte schnell gemerkt haben, worum es hier geht. Aber eines nach dem anderen.

Vor dem Hintergrund einer neoliberalen Globalisierung, die Mensch und Natur im weltweiten Maßstab neuen Bedrohungen aussetzt, proklamieren Vertreter der ‚Public Sociology‘ die Verantwortung sozialwissenschaftlicher Forschung, „eine öffentliche Wende“ (S.110) zu vollziehen. Wollten etwa Vertreter einer Kritischen Theorie der Frankfurter Schule noch die Möglichkeit und Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung begründen, gehen die Protagonisten der Public Sociology einen Schritt weiter: Als gezielte Intervention in das politische Geschehen verfolgt diese im Umfeld des in Berkeley lehrenden Soziologen Michael Burawoy entstandene Spielart des Faches einen unmittelbar praktischen Ansatz. Den Fragen, wie genau dieser aussehen kann, wo seine Potenziale und wo seine Grenzen liegen, widmet sich der vorliegende Band mit hohem Reflexionsvermögen.

In Abgrenzung zu den fachlichen Sphären einer angewandten, einer professionellen und einer kritischen Soziologie sucht die öffentliche Soziologie den (forschungspraktischen wie politischen) Schulterchluss mit der Zivilgesellschaft. In einem ersten Teil eruiert eine Reihe von Beiträgen die forschungslogischen Herausforderungen öffentlicher Soziologie. Theoretisch ist der Ansatz hierbei eng mit der kapitalismustheoretischen Grundfrage nach den Grenzen marktbasierter Gesellschaftssteuerung verbunden. Die kritische Stoßrichtung zeigt sich nicht zuletzt, wenn Klaus Dörre (S.58ff.) – scheinbar en passant, doch vor dem Hintergrund der Postwachstumsdebatte einmal mehr an der Schnittstelle von Kapitalismustheorie und Zeitdiagnose – die Konturen eines (von ihm offenkundig favorisierten) sozialistischen Modells von Wirtschaft und Gesellschaft nachzeichnet. Mit Ausnahme des US-Amerikaners Erik Olin Wright haben entsprechende Stimmen (zumindest im Verlauf der letzten Jahrzehnte) keinen Eingang in den soziologischen Mainstream gefunden.

Die Beiträge im folgenden Abschnitt geben Einblick in verschiedene Anwendungsfelder der öffentlichen Soziologie. Während diese naturgemäß nicht auf bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens beschränkt sind, liegt die Schwerpunktsetzung in den Feldern „Arbeit“, „Ökologie“ und „Autoritarismus“ in den eigenen forschungsbio-graphischen Erfahrungen der Herausgeber begründet. Der nächste Abschnitt beschreibt den engen Zusammenhang öffentlicher Soziologie mit dem globalen Maßstab. Internationale Verflechtungszusammenhänge prägen hierbei

nicht nur die Gesellschaft als Forschungsobjekt, sondern auch die *scientific community* selbst. Ein weiteres Bündel von Beiträgen eruiert die praktische Relevanz öffentlicher Soziologie in Medien und Politik.

Einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbindung sozialwissenschaftlicher Forschung und gewerkschaftlichen Interessehandelns legt der Beitrag von Hans-Jürgen Urban. Als selbst seit geraumer Zeit an der Grenze von Wissenschaft und Praxis tätiger Fachvertreter stellt er die Schwierigkeiten und Herausforderungen dar, die eine Zusammenarbeit beider Sphären – den jeweils unterschiedlichen Hintergründen geschuldet – mit sich bringen kann: Wenn, wie Urban (S.80f.) beschreibt „Spannungen und wechselseitige Überforderungen immer als Störfaktoren auftauchen“ werden, erfordert eine wirksame Einspeisung von Erkenntnissen öffentlicher Soziologie in den politischen Prozess einerseits und das Aufnehmen forschungsrelevanter Impulse aus der Praxis andererseits vor allem drei Dinge: Wechselseitiges Verständnis, Geduld und eine „informierte Toleranz“. Erst wenn diese Grundlage einer belastbaren Kooperationsbeziehung gegeben sei, offenbarten sich die beiden wesentlichen Punkte, in denen eine öffentliche Soziologie von gewerkschaftspolitischem Nutzen sein könnte – kurzfristige Impulse für die konkrete Vertretungsarbeit und eine langfristige Sensibilisierung für neue politische Entwicklungen. Eine „öffentliche Gewerkschaftssoziologie“, so Urban (S.72) weiter, könne dann als „Soziologie der Gewerkschaften, in den Gewerkschaften und für die Gewerkschaften“ fungieren. Während die Soziologie *der* Gewerkschaften ihr Verhältnis zum Forschungsgegenstand bestimmt, fokussiert die Soziologie *in den* Gewerkschaften auf eine organische Kooperation mit den aktiven Mitgliedern. Eine Soziologie *für die* Gewerkschaften orientiert schließlich auf eine Mitgestaltung politischen Problemlösens im Rahmen von Beratung und Strategiedebatten.

Das Projekt einer öffentlichen Soziologie, so lässt sich nach der Lektüre des Bandes resümieren, stellt angesichts eines zunehmenden Unbehagens mit der gesellschaftlichen Entwicklung ein progressives Projekt mit dem Ziel dar, wissenschaftliche Expertise zur Gestaltung politischer Prozesse zu nutzen. Der mitunter radikale und kämpferische Gestus der Beiträge erscheint jedoch keineswegs übertrieben; er stellt sich, immer rückgebunden an nachvollziehbare Darstellungen, vielmehr als „vernünftig“ dar.

Aber können die Gewerkschaften nun wirklich noch etwas von der *Public Sociology* lernen? Impulse aus der Forschung finden seit vielen Jahrzehnten – nicht zuletzt aufgrund der vielfältigen Forschungsk Kooperationen zwischen Wissenschaft und Gewerkschaften – Eingang in ihre politische Vertretungspraxis. Im Sinne der Herausgeber ließe sich deswegen argumentieren, dass öffentliche Soziologie keineswegs das Rad neu erfindet, sondern – sowohl in der Forschung als auch in der Politik – an bestehende Institutionen anschließt, um im Dialog Erkenntnisse zu gewinnen, die sowohl praxisrelevant als auch theoretisch innovativ sind. ■

MARTIN SEELIGER, FLENSBURG

Schwerpunktheft 2018

- **1|2018** Altern im Betrieb
- **3|2018** Industrie 4.0 konkret – Ungleichzeitige Entwicklungen, arbeitspolitische Einordnungen
- **5|2018** Dynamiken sozialer Ungleichheit

Schwerpunktheft 2017

- **1|2017** Wird atypisch normal? Beschäftigung im Wandel
- **3|2017** Erwerbstätigkeit im Sozial- und Gesundheitssektor: ausgebaut, aufgewertet, ausgebremst?
- **5|2017** Arbeitsmarkt Wissenschaft: Neue Karrierewege in Sicht?
- **7|2017** Mindestlöhne in Deutschland – Erfahrungen und Analysen

Das Abonnement

Jahresabonnement 2018*

Einzelabonnement Inland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	94,80€
Einzelabonnement Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	99,60€
Studentenabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatznutzung)	49,80€
Institutionsabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Onlinezugang über IP-Adresse für einen Standort)	158,00€

Miniabonnement**

2 Ausgaben der WSI-Mitteilungen im Miniabonnement Print, inkl. Vertriebskostenanteil	19,00€
--	--------

* Kündigungsfrist: drei Monate zum Kalenderjahresende

Preise inkl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil (Inland 12,00€ + Direktbeorderungsgebühr 2,14€)	14,14€
(Ausland 24,00€ + Direktbeorderungsgebühr 2,14€)	26,14€

** Ich erhalte die Zeitschrift im regulären Abonnement, wenn ich nicht 1 Woche nach Erhalt des letzten Miniabo-Heftes abbestelle.

Die Bestellung

- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Inland**
- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Ausland**
- Ja, ich bestelle ein **Studentenabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich bestelle ein **Institutionsabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich teste die WSI-Mitteilungen im **Miniabonnement**
Ich erhalte dazu zwei Ausgaben der WSI-Mitteilungen in Print.
Wenn ich innerhalb von 7 Tagen nach Erhalt der 2. Ausgabe keine gegenteilige Mitteilung mache, möchte ich die WSI-Mitteilungen regelmäßig beziehen.
- Ja, ich bestelle oben angekreuzte **Schwerpunktheft**

	Firma Institution
	Name Vorname
	Straße Nr.
	PLZ Ort
	Telefon Fax
	E-Mail
	Datum Unterschrift

Der Adressat

Infotelefon: (0 72 21) 21 04-39
Bestell-Fax: (0 72 21) 21 04-1139
E-Mail: abo@nomos.de
Online Bestellmöglichkeit:
www.nomos-shop.de/30294

Postadresse:
 Nomos Verlagsgesellschaft
 mbH & Co. KG
 Zeitschriftenvertrieb
 Waldseestraße 3–5
 76530 Baden-Baden

Ihre Vertrauensgarantie: Sie haben das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen bei der umseitigen Bestelladresse schriftlich zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Abstracts

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 347-357

OLAF GROH-SAMBERG, NEPOMUK HURCH,
NORA WAITKUS

Statuskonkurrenzen und soziale Spaltungen. Zur Dynamik sozialer Ungleichheiten

Angesichts gestiegener ökonomischer Ungleichheiten scheinen modernisierungstheoretische Lesarten der Ungleichheitsentwicklung nicht mehr erklärungskräftig zu sein. Ausgehend von einem alternativen Narrativ der Vermarktlichung skizziert der Beitrag, wie sich soziale Dynamiken der Ungleichheit unter dem Eindruck ökonomischer Ungleichheiten und struktureller Ökonomisierungen verändern. Die Autoren schlagen eine analytische Unterscheidung vor zwischen den Dynamiken der sozialen Segregation, die zu sozio-ökonomischen, aber auch kulturellen und politischen Abschließungen sozialer Klassenmilieus führen, und einer Dynamik von Statuskonkurrenzen, die vor allem innerhalb dieser Milieus zu kompetitiven Prozessen mit jeweils unterschiedlichen Auswirkungen führen. Das Ineinandergreifen beider Prozesse bietet eine Erklärungsperspektive für die vorherrschende politische Rat- und Tatlosigkeit angesichts von Ungleichheiten, die gemeinhin als zu groß und als Gefährdung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewertet werden. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 347-357

OLAF GROH-SAMBERG, NEPOMUK HURCH,
NORA WAITKUS

Status competition and social segregation: Dynamics of inequality

In view of increased economic inequalities, modernisation theory fails to account for contemporary dynamics of social inequality. Based

on an alternative narrative of marketisation, this article outlines how inequality dynamics evolve in “high inequality regimes”. The authors propose an analytical distinction between the dynamics of social segregation, leading to socio-economic as well as cultural and political closure of social class milieus, and the dynamics of status competition within these milieus, leading to heterogeneous effects. The interplay of the two processes offers a perspective for explaining the prevailing lack of political action in face of inequalities that are generally regarded as being too high and a threat to social cohesion. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 358-369

BARBARA BINDER, ANDREAS HAUPT

Wohlstand für alle? Die Entwicklung einkommensschwacher Haushalte seit 2005

Der Beitrag widmet sich der Stabilität der Einkommensungleichheit seit 2005 und legt einen besonderen Fokus auf die Entwicklung einkommensschwacher Haushalte. Die Autoren zeigen, dass die Stagnation der Ungleichheit über weite Strecken der Einkommensverteilung gleichzeitig mit einer Stagnation der Einkommen einherging. Mit dem Aufschwung am Arbeitsmarkt seit 2005 kam es daher nicht zu einem gestiegenen Wohlstand für einkommensschwache Haushalte. Die Analysen verdeutlichen, dass sich hinter der stagnierenden Ungleichheit vielfältige sich überlagernde Entwicklungen verbergen, die öffentlich kaum diskutiert werden. Stark in den Arbeitsmarkt integrierte Haushalte haben zum Teil deutlich positive Einkommensentwicklungen und können als Gewinner des Konjunkturaufschwungs angesehen werden. Vom Arbeitsmarkt abgekoppelte Haushalte –

insbesondere solche, deren Mitglieder nicht erwerbstätig oder lediglich marginal beschäftigt sind – sind die Verlierer einer zunehmend auf hohe Arbeitsmarktintegration setzenden Sozialpolitik. Eine daraus resultierende Ungleichheitsverschärfung im unteren Bereich der Einkommensverteilung wurde durch Rentenerhöhungen überdeckt. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 358–369
BARBARA BINDER, ANDREAS HAUPT

Prosperity for all? The development of low-income households since 2005

The article deals with the stability of income inequality since 2005 and focuses in particular on the development of low-income households. The authors show that the constant level of inequality has been accompanied by a stagnation of household incomes for most of the income distribution. The upswing in the labour market since 2005 has therefore not led to increased prosperity for either the majority of households nor for those with low incomes. The study shows that the stagnating income inequality conceals a multitude of overlapping developments that are rarely discussed in public. Some households that are strongly integrated into the labour market experience markedly positive income trends and can hence be regarded as the winners of the economic upswing. Households that are disconnected from the labour market – especially inactive households and households in marginal employment – are the losers in a social policy set-up that is increasingly focused on high labour-market integration. A resulting aggravation of inequality in the lower income distribution group was recently overshadowed by pension increases. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 370–381
PATRICK SACHWEH, DEBORA EICHER

Einstellungen zur Vermögensteuer in Deutschland. Eine Vignettenanalyse anhand aktueller Umfragedaten

Angesichts steigender materieller Ungleichheiten in Deutschland wird in der öffentlichen und politischen Debatte die Wiedererhebung der Vermögensteuer gefordert, deren Erhebung seit 1997 ausgesetzt ist. Dieser Beitrag untersucht anhand eines Vignettendesigns und aktueller Umfragedaten, von welchen Merkmalen der Vermögenden die Zustimmung zur Vermögensteuer abhängt und wie sich verschiedene Bevölkerungsgruppen hierbei unterscheiden. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere jene Eigenschaften der Vermögenden, die auf leistungs-basierten Vermögenserwerb hinweisen, die Zustimmung zur Vermögensteuer verringern, während nicht-meritokratische Faktoren die Zustimmung erhöhen. Dies ist insbesondere für Befragte aus unteren und mittleren Einkommenslagen der Fall. Obere Einkommensgruppen lehnen eine Vermögensteuer insbesondere dann ab, wenn Vermögende aus bereits wohlhabenden Verhältnissen stammen. Insgesamt unterstreichen die Befunde die Bedeutung von Leistung für die Legitimation von Reichtum und seiner Besteuerung. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 370–381
PATRICK SACHWEH, DEBORA EICHER

Attitudes towards a wealth tax in Germany. A vignette study based on recent survey data

In the face of rising economic inequality in Germany, a reintroduction of the wealth tax – which was abandoned in 1997 – has become a

demand in public and political debate. Based on a vignette study embedded in a recent survey, the paper investigates the characteristics of the wealthy which shape popular support for a wealth tax and how social groups differ in their support. Its findings show that among the characteristics of the wealthy, attributes that indicate meritocratic wealth accumulation lower support for a wealth tax, while non-meritocratic factors increase support. This is especially the case for respondents from lower- and middle-income groups. Upper-income groups disagree with a wealth tax, particularly if the wealthy individuals come from a wealthy family background. All in all, the results underline the significance of merit for the legitimation of wealth and its taxation. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 382–391
CORNELIA KOPPETSCH

Rechtspopulismus als Klassenkampf? Soziale Deklassierung und politische Mobilisierung

In ungleichheitstheoretischer Perspektive werden die Ursachen für den Aufstieg populistischer Rechtsparteien in Europa entweder primär auf sozio-ökonomische oder aber primär auf kulturelle Spaltungen zurückgeführt. Theoretisch wie empirisch gehaltvoller erscheint demgegenüber eine integrierte Perspektive, welche die im Rechtspopulismus aufbrechenden Konflikte um Wahrheiten und Deutungshoheiten als Ausdruck symbolischer Kämpfe betrachtet, durch welche die gegenwärtige Herrschaftsordnung im Ganzen angegriffen wird. Im Anschluss an die Sozialtheorie von Pierre Bourdieu legt die Autorin dar, auf welche Weise die politischen Narrative des Rechtspopulismus an die Habitus unterschiedlicher Milieus anknüpfen. Die Spe-

zifik der durch rechtspopulistische Parteien mobilisierbaren Einstellungen und Dispositionen (Habitus) resultiert aus Transformationen in Reaktion auf die seit 1989 gemachten Deklassierungserfahrungen, von denen auch Milieus in Ober- und Mittelschichten betroffen sind. Der Beitrag beleuchtet die Mobilisierungsmotive in drei Milieus: der konservativen Oberschicht, der traditionellen Mittelschicht und der prekären Unterschicht. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 382-391
CORNELIA KOPPETSCH

Right-wing populism as class conflict? Social degradation and political mobilisation

From a perspective of theoretical inequality, the causes of the rise of populist right-wing parties in Europe are attributed either primarily to socio-economic divisions or primarily to cultural divisions. Theoretically as well as empirically an integrated perspective appears more substantial, which understands the conflicts about truth and sovereignty of interpretation that arise in right-wing populism as expression of symbolic struggles which attack the entire régime at the present time. Following Pierre Bourdieu's theory, the author explains how the political narratives of right-wing populism tie in with pre-political class specific attitudes and habitual patterns. The specificity of these habitual patterns results from transformations in response to the declassification experiences made since 1989, which also affect milieus in the upper and middle classes. The article illuminates the motives of mobilisation in three milieus: the conservative upper class, the traditional middle class and the precarious lower class. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 392-400
ANJA WEIß

Globale Ungleichheiten und das Schließen und Öffnen nationaler Grenzen

Bisher werden globale Ungleichheiten überwiegend durch den Vergleich von Durchschnittseinkommen zwischen Ländern erforscht. Im Kern ist die Soziologie sozialer Ungleichheiten aber nicht an Einkommen, sondern an den Lebenschancen interessiert, die durch Einkommen ermöglicht werden. Da Lebenschancen relational zu Kontexten entstehen, in denen Ressourcen zum Einsatz kommen, sollte sich die Soziologie stärker mit ungleichheitsrelevanten Kontextrelationen beschäftigen. Das Ringen um den Erhalt vorteilhafter Kontexte oder um den Zugang zu diesen stellt eine wesentliche Strukturdimension sozialer Lagen dar, die begrifflich als „sozial-räumliche Autonomie“ gefasst wird. In der Tradition einer kritischen, aber normativ enthaltsamen Sozialwissenschaft argumentiert der Beitrag, dass sich Konflikte um Grenzschließungen und das Erstarken des Rechtspopulismus im Norden nur verstehen lassen, wenn die Struktur globaler Ungleichheiten und insbesondere die Bedeutung sozial-räumlicher Autonomie berücksichtigt werden. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 392-400
ANJA WEIß

Global inequalities and contested borders

Global inequalities are typically assessed on the basis of income differentials between countries. Yet, sociological inequality research is not inter-

ested in income as such, but in the capabilities that result from financial resources. Capabilities or life chances depend on the relations between resources and contexts in which resources are recognised and valued. Hence, a better sociological understanding of context relations and their impact on global inequalities is required. The struggles about access to contexts and about closure of advantageous contexts is an essential structuring force of global inequalities, here termed as social-spatial autonomy. In the tradition of critical social science, the paper argues that conflicts about border closure as well as the rise of right-wing populism in the Global North can only be understood if the structure of global inequalities and, in particular, the importance of social-spatial autonomy are taken into account. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 401-412
MALTE LÜBKER, THORSTEN SCHULTEN

Europäischer Tarifbericht des WSI – 2017/2018: Lohnentwicklung und Ungleichheitsdynamiken

Der aktuelle Europäische Tarifbericht des WSI gibt einen Überblick über die lohnpolitische Entwicklung in der Europäischen Union in den Jahren 2017 und 2018. Hierbei werden die Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa analysiert. Der Bericht untersucht darüber hinaus die Bedeutung der Lohnquote und Lohnspreizung für die Einkommensungleichheit in Europa und plädiert für die Stärkung der Tarifvertragsinstitutionen zur Förderung eines inklusiven Wachstumsmodells. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 401-412
MALTE LÜBKER, THORSTEN SCHULTEN

WSI European Collective Bargaining Report-2017/2018: Wage developments and the dynamics of inequality

The latest European Collective Bargaining Report of the WSI gives an overview on recent trends in wage developments in the European Union in the years 2017 and 2018. It analyses the development of collectively agreed and effective wages against the background of the general economic framework conditions in Europe. Moreover, the report analyses the importance of wage shares and wage dispersion for income inequality in Europe and argues in favour of a strengthening of collective bargaining institutions in order to promote a more inclusive growth model. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, SEITEN 413-419
ANITA TIEFENSEE, DOROTHEE SPANNAGEL

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in Deutschland

Die Einkommensungleichheit in Deutschland ist seit der Wiedervereinigung gestiegen, und das sowohl bei den Markteinkommen als auch bei den verfügbaren Einkommen nach staatlicher Umverteilung. Die wesentlichen Ursachen hierfür liegen in einer sich polarisierenden Lohnverteilung, einem Erstarren von Kapitaleinkommen und einer nachlassenden Progression sowie Umverteilungswirkung des staatlichen Steuer- und Transfersystems. Für die Vermögen lässt sich eine seit über einem Jahrzehnt unverändert hohe Ungleichheit feststellen. Eine

wesentliche Determinante von Vermögen sind Erbschaften und Schenkungen. Die Autorinnen fassen in diesem Beitrag den gegenwärtigen Kenntnisstand in der Ungleichheitsforschung zusammen und empfehlen Maßnahmen, um eine weitere Zunahme der Ungleichheit zu verhindern. Eine starke Tarifbindung, die Durchsetzung und Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns sowie progressivere Steuern sind dabei zentrale Ansatzpunkte. ■

WSI-MITTEILUNGEN 5/2018, PP 413-419
ANITA TIEFENSEE, DOROTHEE SPANNAGEL

Income and wealth inequality in Germany

In Germany, income inequality has risen since reunification, both in terms of market income and disposable income (after state redistribution). The main reasons for this include polarised wage distribution, the strengthening of capital income and a decline in state redistribution. Wealth inequality has remained high for more than a decade. Essential determinants of wealth are inheritances and donations. In this article the authors summarise the present state of knowledge in the research on income and wealth inequality and they recommend measures in order to prevent a further increase. Strong bargaining coverage as well as the enforcement and increase of the statutory minimum wage and more progressive taxes are key starting points. ■

Die **WSI-MITTEILUNGEN** sind eine referierte wissenschaftliche Zeitschrift im Themenspektrum „Arbeit-Wirtschaft-Soziales“. Ihr Anliegen ist wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn und der Transfer gesellschaftsrelevanter Wissenschaftsbefunde in die politische und gewerkschaftliche Praxis. Auf einen ansprechenden Sprachstil legen wir großen Wert. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des Autors/der Autorin wieder, nicht unbedingt die der Herausgeberin und der Redaktion.

MANUSKRIPDTANGEBOTE für die Rubriken Aufsätze, Forschung aktuell, Aus der Praxis, Debatte sowie Buchbesprechungen werden als Word-Dateien erbeten an die Redaktion: gudrun-linne@boeckler.de.

Das eingereichte Manuskript darf im deutschsprachigen Raum weder veröffentlicht sein noch einer anderen Zeitschrift gleichzeitig angeboten werden. Auch sind Originalbeiträge erwünscht. Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Nomos Verlags. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

AUFSÄTZE sind analytische Beiträge zu einem praxisrelevanten Thema mit theoretischem wie auch empirischem Bezug (ca. 40 000 Zeichen inklusive Leerzeichen). Sie werden zweifach doppelt-blind begutachtet (Peer Review). Das Ergebnis wird üblicherweise binnen zwei Monaten nach Einreichung des Manuskripts mitgeteilt. Die Entscheidung über die Veröffentlichung in allen weiteren Rubriken liegt bei der Redaktion.

FORSCHUNG AKTUELL präsentiert zeitnah Befunde aus der empirischen Forschung, aus Datenanalysen oder gibt unter einer praxisrelevanten Fragestellung einen Überblick über den Forschungsstand (ca. 35 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

In **AUS DER PRAXIS** werden aktuelle, praxisrelevante Entwicklungen dargestellt und kritisch kommentiert (max. 20 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

DEBATTE bietet ein Forum für zugespitzte Diskussionsimpulse zu kontroversen wissenschaftlichen und/oder politischen Themen (max. 13 000 Zeichen inklusive Leerzeichen).

BUCHBESPRECHUNGEN stellen Neuerscheinungen aus den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vor, die für einen breiten Leserkreis von Interesse sind (max. 11 500 Zeichen inklusive Leerzeichen). Für alle Textbeiträge gilt die neue deutsche Rechtschreibung gemäß den Empfehlungen des Dudens. Die detaillierten Redaktionshinweise finden Sie unter: www.boeckler.de/WSI-Mitteilungen. Wir bitten darum, diese bei der Texterstellung zu berücksichtigen.